



Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 7

Oktober 2008

www.europa.bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Bremen und Europa	4
Einladung zur Fortbildungsveranstaltung des Aus- und Fortbildungszentrums (AFZ) zum Thema Lobbying am 7.11.2008 im EuropaPunktBremen	4
Finanzen	4
Kommission will strengere Eigenkapital-Regeln für Banken.....	4
Neue Webseiten informieren, wohin das Geld aus Brüssel fließt	5
Beschäftigung, Bildung, Soziales	6
It's Yourope! Europa im Unterricht - Fortbildung für Lehrkräfte im EuropaPunktBremen	6
Plakatwettbewerb „Eurocompetition“	6
„Familienpaket“ der Kommission: Erleichterungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben	7
Initiativstellungnahme des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung der Ausgrenzung und Kinderarmut	8
Empfehlung der Kommission für die aktive Eingliederung benachteiligter Gruppen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt	9
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung	9
Veranstaltung zur Containersicherheit in der Deutschen EU-Botschaft in Brüssel: EU-Kommissar Verheugen und Senator Nagel für den Einsatz effizienter Lösungen ohne unnötige Handelshürden	9
GMES bekommt einen richtigen Namen: KOPERNIKUS	10
Kommission beschließt Strategie für Meeresforschung	11
Grünbuch über territoriale Kohäsion	11
Berufung von Catherine Ashton zur neuen EU-Handelskommissarin	12
Umwelt und Energie	13
Veranstaltung zum Thema „Climate Change and its impacts on coastal regions“ mit EU-Umweltkommissar Dimas in der Bremer EU-Vertretung	13
Gesundheit und Verbraucherschutz	14
Beratungen zum Entwurf der EU-Richtlinie über die Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung laufen an	14
SMS-Versand ins Ausland wird billiger.....	15
Neue EU-Rahmenrichtlinie zum vertraglichen Verbraucherschutz	16
Justiz und Inneres	16
Ergebnisse des Justiz- und Innen-Rats vom 25. September 2008	16

Neue Initiativen der Kommission im Rahmen des globalen Ansatzes zur Migrationsfrage und zur Integration und Familienzusammenführung im Falle von Drittstaatsangehörigen	17
Öffentliche Konsultation: "Freiheit, Sicherheit und Recht: Wie wird die Zukunft aussehen?"	18
EU-Drogenaktionsplan 2009 – 2012	18
Informationsgesellschaft, Medien und Kultur	19
EP stimmt Reform des EU-Rechtsrahmens für Telekommunikation mit umfangreichen Änderungen zu	19
Ausschuss der Regionen.....	21
76. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	21
Best Practice: Aktuelle EU-geförderte Projekte in Bremen und Bremerhaven .	22
Erste Jahreskonferenz der "initiative umwelt unternehmen": Ressourceneffizienz – Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg?	22
Bremische EFRE-Projekte zur angewandten Umweltforschung	23
POWER Cluster-Projekt gestartet.....	24
Redaktion	26
Bereich Europa	26

Bremen und Europa

Einladung zur Fortbildungsveranstaltung des Aus- und Fortbildungszentrums (AFZ) zum Thema Lobbying am 7.11.2008 im EuropaPunktBremen

„Vom Nutzen und Schaden des Lobbying: Interessenvertretung in Brüssel“ – so lautet der Titel einer Veranstaltung des Aus- und Fortbildungszentrums (AFZ) Bremen, zu dem alle Angehörigen der Bremer Verwaltung sowie alle weiteren Interessierten eingeladen sind.

Lobbying ist eine von außen oft negativ besetzte, innerhalb des politischen Prozesses jedoch als äußerst wichtig empfundene Tätigkeit – jene, die Lobbying betreiben sowie jene, die lobbyiert werden, können sich nicht vorstellen, darauf zu verzichten. Die promovierte Politikwissenschaftlerin Irina Michalowitz, ehemals NGO-Lobbyistin und nun Repräsentantin eines österreichischen Mobilfunkunternehmens in Brüssel, hat sich über lange Zeit auch wissenschaftlich mit dem Thema Lobbying beschäftigt. Ziel ihres Vortrags wird es sein, Licht in die gegensätzlichen Wahrnehmungen von Lobbying zu bringen. Was ist eigentlich Lobbying, wer betreibt Lobbying, was kann Lobbying ausrichten? Warum wird Lobbying betrieben? Ausgehend von den Antworten auf diese Fragen und illustriert mit Beispielen aus ihrem eigenen Berufsleben in den Sektoren Telekommunikation, Tourismuspolitik und Forschung wird sie diskutieren, unter welchen Voraussetzungen Lobbying für Regionen wie Bremen lohnenswert sein kann.

Die Veranstaltung findet am Freitag, 07. November 2008; von 10.00 bis 13.00 Uhr im Informationszentrum EuropaPunktBremen im Erdgeschoss der Bremischen Bürgerschaft statt.

Über Ihre Anmeldung **bis zum 04. November 2008** würden wir uns freuen.

Auskünfte erteilen:

Dr. Katja Eichler
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Tel.: 361 – 10841

Jürgen Obst-Kruse
Senatorin für Finanzen
Tel.: 361 - 5463

Finanzen

Kommission will strengere Eigenkapital-Regeln für Banken

Die Kommission will den von der Finanzkrise erschütterten Bankenmarkt mit schärferen Regeln zur Begrenzung von Kreditrisiken stärken und hat daher in der letzten Woche eine Neufassung der EU-Vorschriften für die Eigenkapitalausstattung der Banken vorgelegt. Der Vorschlag zur Änderung der geltenden Eigenkapitalrichtlinie ist das Ergebnis einer breit angelegten Konsultation internationaler Partner, der Mitgliedstaaten und des Bankensektors. Ziel ist die Erhöhung der Stabilität des Finanzsystems, die Verringerung der Risiken und die Verbesserung der Überwachung. Die Institute können demnach Wertpapiere, in denen sie die Risiken eines Kreditausfalls bündeln, nicht mehr vollständig verkaufen. Die verkaufende Bank

müsste fünf Prozent solcher Wertpapiere selbst behalten. Die Änderung der seit 2007 geltenden Eigenkapitalregeln sieht außerdem höhere Kapitalanforderungen für Großkredite vor, die sich Banken gegenseitig gewähren. Für Bankengruppen, die in mehreren EU-Ländern tätig sind, werden Aufsichtskollegien eingerichtet. Die nationalen Aufsichtsbehörden erhalten klarere Rechte und Zuständigkeiten und können ihre Zusammenarbeit effizienter gestalten. Die vorgeschlagenen Regelungen müssen jetzt vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten beraten werden. Sie sollen bis zum April 2009 verabschiedet werden.

Nähere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1433&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Neue Webseiten informieren, wohin das Geld aus Brüssel fließt

2005 startete die Kommission die Europäische Transparenzinitiative (ETI). Eines der drei Hauptziele dieser Initiative besteht darin, die Öffentlichkeit über die Empfänger von Gemeinschaftsmitteln besser zu informieren. Zunächst wurden Daten zu den von der Kommission direkt verwalteten Finanzhilfen veröffentlicht, die nunmehr durch Angaben für Bereiche wie Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes ergänzt werden. Die Webseite „Finanztransparenzsystem“, die in der letzten Woche ins Netz gestellt wurde, liefert erstmals freien Zugriff auf Einzelheiten zu den Empfängern jener EU-Mittel, die von der Kommission und den Exekutivagenturen direkt verwaltet werden. Die Webseite, die auf Rechnungsführungsdaten basiert, vermittelt einen konsolidierten Überblick über das vorangegangene Haushaltsjahr. Sie enthält etwa 28.000 Einträge zu den von der Kommission direkt verwalteten Programmen in den Bereichen Forschung, Bildung, Energie und Verkehr sowie zu verschiedenen Aspekten der Hilfe für Drittländer. Dank der integrierten Suchmaske kann der Benutzer Einzelheiten zu den Empfängern von Finanzhilfen und zu einzelnen Politikbereichen leichter analysieren und vergleichen. Die Suchmaschine gehört zu den tragenden Säulen der weiter gefassten Europäischen Transparenzinitiative (ETI) der Kommission.

Nähere Informationen zum Finanztransparenzsystem unter:

http://ec.europa.eu/grants/search/index_de.htm,

zur Europäischen Transparenzinitiative unter:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/transparency_en.htm

Beschäftigung, Bildung, Soziales

It's Yourope! Europa im Unterricht - Fortbildung für Lehrkräfte im EuropaPunktBremen

Wie kann man Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, sich mit Europa zu beschäftigen? Wie kann man den Bezug Europas zum eigenen Alltag darstellen und wie kann man junge Menschen dazu bringen, die Chancen, die Europa ihnen bietet, aktiv wahrzunehmen?

Dies waren die zentralen Fragen, die am Mittwoch, den 08. Oktober 2008, im Mittelpunkt einer Fortbildung für Lehrkräfte im EuropaPunktBremen standen. Die Fortbildung, die von der Europaabteilung in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule angeboten wurde, war ein erster Schritt, um die Zusammenarbeit mit Schulen zum Thema Europa zu vertiefen. Insgesamt 11 Lehrerinnen und Lehrer aus unterschiedlichen Schulformen waren der Einladung gefolgt und schlüpfen im Rahmen der dreistündigen Veranstaltung auch mal in die Rolle der Schülerschaft und testeten didaktische Ansätze, die auf die Förderung eines europäischen Bewusstseins zielten. So wurden Methoden ausprobiert, die sich mit dem geografischen Raum sowie mit Idee und Vision eines vereinten Europas beschäftigten. Auch Ansätze zur Vermittlung von EU-Geschichte und Kenntnisse über Institutionen der Europäischen Union wurden getestet und gemeinsam diskutiert. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten neben diesen Anregungen didaktisches Material für den Unterrichtseinsatz sowie Informationen zu Bezugsquellen.

Es ist geplant, regelmäßig Fortbildungen zu Europa für Lehrkräfte aller Schulformen und -stufen zu veranstalten. Anregungen und Impulse für die Gestaltung von Fortbildungsveranstaltungen sind jederzeit willkommen.

Kontakt: katja.eichler@europa.bremen.de

Plakatwettbewerb „Eurocompetition“

Die Kommission lädt Schülerinnen und Schüler (10 - 14 Jahre) der Eurozone und der Slowakei zu einem Online-Plakatwettbewerb „Eurocompetition“ ein, um das zehnjährige Bestehen der Europäischen Währungsunion (EWU) und des Euro zu feiern.

Die Jugendlichen sind aufgerufen, zu dem Thema „10 Jahre EWU und der Euro“ ein Plakat zu entwerfen und es in digitaler Form (Dateiformate jpg oder gif) auf der Internetseite <http://eurocompetition.net/ww/de/pub/ecfin/homepage.htm> zu präsentieren. Alle Plakate werden in der Online-Galerie der Website ausgestellt.

Eine Expertenjury wählt 16 nationale Gewinner aus, die als Preis je einen digitalen Fotoapparat erhalten. Ihr Plakat hat zudem die Chance, gedruckt und von der Kommission anlässlich einer Ausstellung in Brüssel vorgestellt zu werden. Aus den 16 nationalen Preisträgern wird ein Gesamtgewinner ausgewählt.

Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember 2008.

„Familienpaket“ der Kommission: Erleichterungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben

Am 03. Oktober 2008 hat die Kommission zwei Richtlinienvorschläge und andere Dokumente zur Verbesserung der Situation von Familien in der EU vorgelegt. Sie beziehen sich auf folgende Handlungsbereiche:

Bessere Bedingungen beim Mutterschaftsurlaub: Die Kommission schlägt eine Änderung der bestehenden Richtlinie 92/85/EWG zum Mutterschaftsurlaub vor, wodurch die Mindestdauer von 14 auf 18 Wochen angehoben wird (Deutschland liegt bisher bei der Mindestdauer). Außerdem wird empfohlen, den Frauen während des Mutterschaftsurlaubs 100 % ihres Arbeitsentgelts zu zahlen; allerdings wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, eine Obergrenze in Höhe des Krankengelds festzusetzen. Ferner sollen die Frauen flexibler darüber entscheiden können, wann sie den nicht obligatorischen Teil des Mutterschaftsurlaubs in Anspruch nehmen (vor oder nach der Geburt). Auch der Kündigungsschutz soll verstärkt werden, ebenso das Recht, nach dem Mutterschaftsurlaub an den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren.

Text des Richtlinienvorschlags der Kommission für eine überarbeitete Richtlinie über Mutterschaftsurlaub:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=607&langId=de>

Mehr Rechte für selbständig erwerbstätige Frauen: Der neue Kommissionsvorschlag, mit dem die Richtlinie 86/613/EWG aufgehoben wird, sieht vor, dass selbständig erwerbstätige Frauen ebenso wie abhängig Erwerbstätige, allerdings auf freiwilliger Basis, Mutterschaftsurlaub nehmen können. Gleichzeitig sollen Ehepartner und Lebenspartner (soweit nach innerstaatlichem Recht anerkannt), die auf informeller Basis in kleinen Familienbetrieben, etwa einem Bauernhof oder einer Arztpraxis, tätig sind (so genannte mitarbeitende Ehepartner), auf eigenen Antrag Zugang zur Sozialversicherung erhalten, und zwar unter mindestens den gleichen Bedingungen, wie sie für selbständige Erwerbstätige gelten.

Text des Kommissionsvorschlags für eine überarbeitete Richtlinie über selbständig erwerbstätige Frauen und mitarbeitende Ehepartner:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=608&langId=de>

Versorgungslücken im Bereich der Kinderbetreuung: In diesem „Familienpaket“ legt die Kommission auch einen Bericht vor, der zeigt, dass das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in der EU den Bedürfnissen der Eltern nicht gerecht wird. Die meisten Mitgliedstaaten haben die Zielvorgaben für Kinderbetreuungsangebote verfehlt, die im Jahr 2002 von den Staats- und Regierungschefs der EU festgelegt worden waren. Bei der Versorgung der Altersgruppe 0 bis 3 Jahre (Zielvorgabe 33 %) liegt Deutschland im Mittelfeld (16 – 26 %) und Österreich in der Schlussgruppe (10 % oder darunter). Bei den Kindern zwischen drei Jahren und dem Einschulungsalter erreicht Deutschland das Barcelona-Ziel (90 % Versorgungsgrad), während z. B. Österreich noch weit davon entfernt ist (Gruppe 70 – 85 %).

Bericht der Kommission „Umsetzung der Barcelona-Ziele auf dem Gebiet der Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter“:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=604&langId=de>

Unterstützung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben – bessere „Work-Life-Balance“: Ebenfalls als Teil des „Familienpakets“ legt die Kommission zu diesem Thema eine Mitteilung vor, in der sie die europäischen Strategien zur Unterstützung der politischen Kernziele noch einmal zusammenfasst.

Text der Mitteilung über Work-Life-Balance:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=606&langId=de>

Weitere Aktivitäten: Am 17. September 2008 nahmen die europäischen Sozialpartner Verhandlungen über den Elternurlaub mit dem Ziel auf, die bestehenden EU-Vorschriften (Richtlinie 96/34/EG) zu überarbeiten; angestrebt wird ein Abschluss der Verhandlungen binnen neun Monaten.

Längerfristig möchte die Kommission auch die Bedingungen für andere Formen des Urlaubs aus familiären Gründen verbessern, etwa Vaterschaftsurlaub (ein dem Vater zustehender kurzer Urlaub um den Geburts- oder Adoptionstermin), Adoptionsurlaub (ein dem Mutterschaftsurlaub ähnlicher Urlaub bei Adoption eines Kindes) und Urlaub zur Pflege betreuungsbedürftiger Familienangehöriger.

Initiativstellungnahme des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung der Ausgrenzung und Kinderarmut

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat am 09. Oktober 2008 eine Initiativstellungnahme zur „Förderung der sozialen Integration und der Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“ beschlossen.

Darin fordert das EP die Mitgliedstaaten der EU nachdrücklich dazu auf, die Kinderarmut bis 2012 um 50 % zu verringern: 19 Mio. Kinder seien derzeit von Armut bedroht. Kinderarmut und Not stellen, so das EP, „eine Verletzung grundlegender Menschenrechte“ dar. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten die Mitgliedsstaaten auch auf, für garantierte Mindestlohnsysteme zur sozialen Einbeziehung zu sorgen. An den EU-Ministerrat richtet das EP deshalb die Forderung, eine EU-Vorgabe für Mindestlöhne (gesetzlich, tarifvertraglich vereinbart auf nationaler, regionaler oder Branchenebene) zu schaffen, die eine Vergütung von mindestens 60 % des maßgeblichen (nationalen, branchenspezifischen usw.) Durchschnittslohns gewährleistet. Außerdem müssten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ein „angemessenes Mindesteinkommen“ für Zeiträume der Arbeitslosigkeit oder für Übergangszeiten zwischen zwei Arbeitsverhältnissen gewährt wird, insbesondere im Hinblick auf Gruppen von Frauen, die zusätzliche Verantwortung zu tragen haben.

Mit der Abstimmung über den Bericht der EP-Abgeordneten Gabriele Zimmer (Die Linke) spricht sich das Plenum des EP auch für „aktive soziale Integrationsstrategien“ und für eine aktive Einbeziehung in den Arbeitsmarkt aus. 540 EP-Abgeordnete stimmten für den Bericht, 57 stimmten dagegen und 32 enthielten sich; die Stellungnahme des EP ist für den Rat und die Mitgliedstaaten der EU nicht bindend.

Text des vom Plenum des EP angenommenen Berichts:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0467&language=DE&ring=A6-2008-0364>

Empfehlung der Kommission für die aktive Eingliederung benachteiligter Gruppen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt

Am 03. Oktober 2008 hat die Kommission in der Mitteilung KOM (2008) 639 und einer damit verbundenen Empfehlung gemeinsame Grundsätze vorgeschlagen, die die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung eigener Konzepte zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unterstützen sollen. Sie stellen einen freiwilligen Rahmen dar und sind nicht verbindlich.

Weitere Informationen: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=613&langId=de>

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

Veranstaltung zur Containersicherheit in der Deutschen EU-Botschaft in Brüssel: EU-Kommissar Verheugen und Senator Nagel für den Einsatz effizienter Lösungen ohne unnötige Handelshürden

„Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im transatlantischen Seetransport von Containern“ – so lautete der Titel der Veranstaltung, die am 09. Oktober 2008 mit rund 100 hochrangigen Gästen aus der Kommission, dem Europäischen Parlament, zahlreichen Botschaften und Regionalvertretungen sowie der Hafen- und Seeverkehrswirtschaft in Brüssel stattfand. Geladen hatten der Deutsche Botschafter bei der Europäischen Union, Dr. Edmund Duckwitz, und der Bremer Senator für Wirtschaft und Häfen, Ralf Nagel.

Ausgangspunkt der Veranstaltung war das von den USA beschlossene Gesetz, nach der ab 2012 alle in die USA versandten Container im Abgangshafen mit einer Scanning-Vorrichtung durchleuchtet werden müssen. Hierdurch verspricht sich die US-Regierung mehr Sicherheit vor terroristischen Angriffen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Präsentation einer in Bremen entwickelten satellitengestützten Technologie, die die Probleme der Containersicherheit auf eine effizientere Weise zu lösen verspricht.

Einleitend unterstützte **Botschafter Duckwitz** für die Bundesregierung den Wunsch nach verstärkten Maßnahmen zur Sicherung von Containern im internationalen Handel. Allerdings sei Deutschland als bedeutende Export-Nation mit zwei der größten europäischen Containerhäfen an einer praktikablen Lösung interessiert, die den internationalen Warenverkehr nicht behindere.

Senator Nagel stellte dar, welche Auswirkungen das 100 % Container Scanning für die Hafenstandorte, insbesondere Bremerhaven, hätte. „Für die Bremischen Häfen ist die USA der mit großem Abstand wichtigste Handelspartner; sie sind existentiell von den amerikanischen Anforderungen betroffen. Durch das 100 % Scanning von 600.000 Containern pro Jahr würde es zu erheblichen Verzögerung des Warenumschlags in den Häfen kommen“, so Nagel. Da das Scanning jedes einzelnen Containers einige Minuten dauere, komme es bei täglich rund 1.650 Containern, die in die USA verschifft werden, zu einem starken Rückstau. Dies würde u. a. neue Anforderungen an die Lagerkapazitäten und die Zubringerstraßen der Häfen stellen. Zudem würde das entsprechende technische Equipment sowie gut geschultes Per-

sonal benötigt werden. Die gesamten Folgekosten des 100 % Scanning seien sehr hoch und deren Finanzierung nicht geklärt. Er hielt fest, dass Bremen grundsätzlich offen für neue Sicherheitsmaßnahmen sei, allerdings effizientere Lösungen – wie z. B. die auf der Veranstaltung vorgestellte Technologie – dem Containerscanning gegenüber bevorzugen würde.

Auch **Industrie-Kommissar Verheugen** betonte, dass keine unnötigen Handels-
hürden aufgebaut werden sollten. Auf dem Transatlantischen Wirtschaftsgipfel, bei dem er die Verhandlungen für die Europäische Union leitet, wolle er sich für einen Abbau dieser Hürden einsetzen. Die Nutzung von Satellitentechnologie zur Überwachung des Containerverkehrs sei geeignet, Sicherheitsinteressen und die Erfordernisse des transatlantischen Warenverkehrs zu vereinbaren.

US-Botschafterin Silverberg bekräftigte die Notwendigkeit nach zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor Terroranschlägen. Sie räumte ein, dass dies von den Häfen verstärkte Anstrengungen erfordere. Sie berichtete, dass eine Vielzahl von Schwierigkeiten hinsichtlich des 100 % Scannings an den Kongress gemeldet worden seien und betonte, dass man darauf achten müsse, die richtige Balance zu wahren. Daher wollten die Vereinigten Staaten bei der Erarbeitung von Rahmenbedingungen für Sicherheitskonzepte mit den anderen Staaten zusammenarbeiten. Dabei sei man aufgeschlossen, andere technologische Lösungen in die Sicherheitsdebatte mit einzubeziehen.

Dass es auch andere Möglichkeiten für die Verbesserung der Sicherung von Containertransporten gibt, zeigte **Dr. Pohlemann** von EADS Astrium ST: Das von einem Konsortium aus Bremen entwickelte satellitengestützte System „SeCureSystem“ ermöglicht eine Überwachung von Containern, indem sowohl der Inhalt als auch die genaue Position und mögliche Eingriffe in den Container minutengenau festgehalten werden können. Hierdurch wird ein höheres Sicherheitsniveau als durch das Containerscanning hergestellt. Darüber hinaus behindere die Technologie nicht die logistischen Abläufe in den Häfen, sondern leiste einen Beitrag für die logistische Abwicklung des Warenverkehrs.

GMES bekommt einen richtigen Namen: KOPERNIKUS

Die Erdbeobachtungsinitiative GMES (Global Monitoring for Environment and Security) wurde am 16. September 2008 während des GMES-Forums in Lille von EU-Vizepräsident Günther Verheugen auf den Namen „KOPERNIKUS“ getauft.

Nikolaus Kopernikus (*19. Februar 1473 in [Thorn](#); † 24. Mai 1543 in [Frauenburg](#)) war Astronom und hat seinerzeit die Wissenschaft mit seinen Theorien über die Bewegung der Planeten auf Kreisbahnen um die Sonne revolutioniert. Gleichzeitig zeichnet ihn sein Lebenslauf - die Familie hat deutsche und polnische Wurzeln, er schrieb in lateinischer und deutscher Sprache und studierte und arbeitete in verschiedenen europäischen Ländern – als wahrhaften Europäer aus. Der Name, der nach einem langen Auswahlverfahren gefunden wurde, soll dem zweiten Flaggschiff der EU-Raumfahrtspolitik neben Galileo einen höheren Wiedererkennungswert verleihen.

Ziel von Kopernikus ist die Überwachung des Zustands der Umwelt zu Land, im Meer und in der Atmosphäre. Mit Kopernikus sollen Daten und Analysen sowohl von direkten Messungen als auch indirekt von Fernerkundungssatelliten gewonnen werden. Die im Rahmen von Kopernikus gesammelten Informationen sollen helfen, die natürlichen Ressourcen zu bewirtschaften, die Luft- und Wasserqualität zu überwachen, Städte besser zu planen, den Verkehr zu beruhigen, landwirtschaftliche Tätigkeiten zu optimieren und erneuerbare Energien zu fördern. Darüber hinaus soll Kopernikus die Sicherheit der Menschen auf vielfältige Weise verbessern, etwa durch Frühwarnsysteme im Fall von Naturkatastrophen. Das System hilft ferner bei der Erstellung besserer Modelle zur Erforschung der Ursachen des Klimawandels. Kopernikus soll die vorhandenen europäischen Kapazitäten nicht ersetzen, sondern ergänzen mit dem Ziel, dem Bedarf der Nutzer gerecht zu werden und Nachhaltigkeit und europäische Autonomie langfristig zu sichern.

KOPERNIKUS im Netz:

http://ec.europa.eu/kopernikus/index_en.htm

Kommission beschließt Strategie für Meeresforschung

Im Rahmen des Konzepts einer „integrierten Meerespolitik“ hat die Kommission am 3. September 2008 eine „Europäische Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung“ verabschiedet. Die Strategie soll einen Rahmen für den europäischen Forschungsraum zur Förderung der nachhaltigen Nutzung von Ozeanen und Meeren schaffen, die Zusammenarbeit zwischen der europäischen Meeresforschung und Technologie stärken und dadurch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit verbessertem Umweltschutz auf See verbinden. Ziel der Strategie ist es, die Fragmentierung der europäischen Meeresforschung und maritimen Forschung aufzuheben. Hierfür sollen die traditionellen Forschungsbereiche stärker integriert und die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren in diesem Bereich gestärkt werden. Die Strategie gilt als ein Eckpfeiler der Meerespolitik der EU. Es werden eine Reihe konkreter Maßnahmen vorgeschlagen, unter anderem der Kapazitätsaufbau in den Bereichen neuer Infrastrukturen (Ozeanbeobachtungsstellen, spezialisierte Forschungsschiffe), verstärkte Integration durch Förderung interdisziplinärer Forschung zu bereichsübergreifenden Themen (z. B. Auswirkungen der Tätigkeit des Menschen auf Küsten- und Meeresökosysteme) und Kombination von Finanzierungsmechanismen. Das Strategiepapier wird nun an die Mitgliedstaaten und das EP weitergeleitet. Die Kommission will ihren ersten Durchführungsbericht spätestens 2012 vorlegen.

Weitere Informationen:

[EU Strategy for Marine and Maritime Research: Frequently Asked Questions](#)

[Pressemitteilung „Meere und Ozeane: EU-Forschung und -Innovation im Dienste des Schutzes mariner Ökosysteme und nachhaltiger maritimer Wirtschaftstätigkeiten“](#)

Grünbuch über territoriale Kohäsion

Die Kommission hat am 06. Oktober 2008 das Grünbuch über territoriale Kohäsion angenommen. Das Dokument ist die Reaktion auf die Forderungen des Europäi-

schen Parlaments, des EU-Ministertreffens über städtische Entwicklung und territorialen Zusammenhalt im Mai 2007 in Leipzig und die Beiträge zahlreicher Stakeholder im Rahmen der öffentlichen Konsultation über den 4. Kohäsionsbericht. Die Konsultation zielt darauf, eine breite öffentliche Diskussion bis zum 28. Februar 2009 anzuregen, um ein besseres und differenziertes Verständnis der territorialen Kohäsion und ihrer Auswirkungen für EU-Politiken zu erhalten.

Ergebnisse der ersten Diskussionen über die territoriale Kohäsion Anfang der 90er Jahre waren u. a. die Betonung der Bedeutung von territorialer Zusammenarbeit und räumlichen Entwicklungen, was die Einrichtung von Kooperationsprogrammen (INTERREG) und des Europäischen Netzwerks zur Beobachtung der Raumentwicklung (ESPON) zur Folge hatte.

Das vorliegende Grünbuch vertritt die Auffassung, dass die territoriale Vielfalt der EU ein Reichtum sei, der zur nachhaltigen Entwicklung der gesamten Union beitragen könne. Um diese Vielfalt als Stärke nutzen zu können, solle die territoriale Kohäsion auf neue Themen, neue Arten von Beziehungen zwischen den EU-Gebieten auf unterschiedlichen Ebenen und neue Formen der Zusammenarbeit, Koordination und Partnerschaft ausgerichtet werden.

Das Grünbuch können Sie hier herunterladen:

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/paper_terco_de.pdf

Hier können Sie Ihren Beitrag zur Diskussion einreichen:

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/consultation_de.htm

Berufung von Catherine Ashton zur neuen EU-Handelskommissarin

Catherine Ashton ist am 08. Oktober 2008 vom Ministerrat als neue Kommissarin für Außenhandel bestätigt worden. Sie folgt Peter Mandelson nach, der als Wirtschaftsminister in die Regierung des Vereinigten Königreichs berufen worden ist. In Kürze wird sie dem Handelsausschuss des Europäischen Parlaments Rede und Antwort stehen.

Catherine Margaret Ashton, Baroness Ashton of Upholland, Mitglied des Privy Council, vertrat zuletzt die Labour Party im britischen Oberhaus und bekleidete außerdem die Funktion des „Leader of the House of Lords“ sowie die des „Lord President of the Council“ im ersten Kabinett von Gordon Brown. Sie ist Wirtschaftswissenschaftlerin und war unter anderem Parlamentarische Staatssekretärin im Bildungsministerium, im Ministerium für Verfassungsfragen und im Justizministerium. Sie verfügt über breite Erfahrung in europäischen Fragen. So war sie maßgeblich daran beteiligt, den Vertrag von Lissabon durch das britische Oberhaus zu bringen. In ihren früheren Ämtern war sie mit der EU-Politik in den Bereichen Justiz und Inneres befasst.

Nähere Informationen über die Außenhandelspolitik der EU: <http://ec.europa.eu/trade>

Umwelt und Energie

Veranstaltung zum Thema „Climate Change and its impacts on coastal regions“ mit EU-Umweltkommissar Dimas in der Bremer EU-Vertretung

Am 15. Oktober fand in der Bremer Landesvertretung bei der EU in Anwesenheit von Umweltkommissar **Stavros Dimas** eine Veranstaltung zum Thema „Climate Change and its impacts on coastal regions“ statt.

Mit der Veranstaltung sollten zum einen die Folgen des Klimawandels für die norddeutschen Küstenregionen, zum anderen die Beiträge Bremer Wissenschaftler zur Erforschung des Klimawandels und seiner Folgen dargestellt werden. Zudem wurden beispielhaft Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vorgestellt und Möglichkeiten zu deren Finanzierung diskutiert.

Neben EU-Umweltkommissar Dimas waren Prof. Peter Lemke vom Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven, Prof. Arnim von Gleich von der Universität Bremen sowie der Hamburger Staatsrat bei der Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung, Christian Maaß, weitere Redner an diesem Abend.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Finanzkrise führte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas mit den Worten „Crisis come and go every month“ in den Abend ein. Ohne die Tragweite der momentanen Finanzkrise verkennen zu wollen, machte der Kommissar deutlich, dass der Klimawandel eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen darstelle und es zwingend geboten sei, weiter zielgerichtet an einer gemeinsamen europäischen Position zu arbeiten. Es sei unabdingbar, insbesondere vor dem Hintergrund der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009, einen gemeinsamen europäischen Standpunkt zu formulieren. Der Kommissar zeigte sich zuversichtlich, dass die EU bis zum Ende des Jahres ein ambitioniertes Ergebnis vorlegen werde.

Die EU habe zudem die Betroffenheit vieler Regionen durch die Auswirkungen des Klimawandels erkannt und sich dieses Themas im Grünbuch „Adapting to climate change in Europe – options for EU action“ angenommen. In Kooperation mit den Mitgliedsstaaten und Regionen sei man bereit, an Lösungen zu arbeiten.

Die Position Bremens wurde vom Leiter der Bremer Landesvertretung bei der EU, **Christian Bruns**, dargelegt, der Senator Dr. Loske vertrat. Herr Bruns erläuterte, dass Bremen den Klimaschutz zu einem zentralen Handlungsschwerpunkt seiner Politik gemacht habe und in den kommenden Jahren einen spürbaren Beitrag zur Erreichung der Ziele der EU in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz leisten werde. Beispielhaft verwies er auf die Kompetenzen Bremens im Bereich der Windenergie sowie auf das Bremer „Aktionsprogramm Klimaschutz 2010“. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass auch bei einem durchgreifenden Erfolg der weltweiten Klimaschutzanstrengungen die Auswirkungen des Klimawandels spürbar und die Küstenregionen in besonderer Weise betroffen seien. Diese besondere Betroffenheit der Küstenregionen habe die EU auch bereits konstatiert. Herr Bruns führte weiter aus, dass diesen Auswirkungen nicht nur auf regionaler und nationalstaatlicher Ebene begegnet werden könne, sondern dieses Thema eine europäische Dimension habe. Vor diesem Hintergrund müsse die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels in der nächsten finanziellen Vorausschau für die Jahre 2014 bis 2020 eine Berücksichtigung finden.

Prof. Dr. Lemke wies darauf hin, dass in den vorliegenden Untersuchungen der Klimawandel bereits sehr deutlich erkennbar sei. Als Beispiel nannte er den rapiden Temperaturanstieg, der u. a. auch dadurch deutlich werde, dass die wärmsten 13 Jahre seit der Aufzeichnung der Temperatur in der unmittelbaren Vergangenheit liegen. Extreme Hitzewellen, wie im Sommer 2003, würden zudem in 30 Jahren zum Regelfall. Zudem stellte Herr Prof. Lemke an einigen Beispielen dar, wie sich der Klimawandel speziell auf Norddeutschland auswirken werde.

Prof. Arnim von Gleich stellte in seinem Beitrag das vom Bundesforschungsministeriums geförderte Projekt „NordWest 2050 – Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“ dar. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens soll untersucht werden, wie sich der Klimawandel auf unterschiedliche Aspekte der regionalen Wirtschaft auswirkt. Dies beginnt mit einer so genannten „Verletzlichkeitsanalyse“, die zeigt, in welchen Bereichen die Regionen am stärksten durch die Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden. Darauf aufbauend sollen die Potenziale der Regionen zur Bewältigung des Klimawandels aufgedeckt werden. Im Rahmen konkreter Projekte in Kooperation mit Unternehmen in den Bereichen Energie, Logistik und Ernährung sollen diese Erkenntnisse umgesetzt werden.

Der Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg, **Christian Maaß**, stellte in seinem Beitrag die spezielle Betroffenheit Hamburgs durch den steigenden Meeresspiegel sowie stärkere Sturmfluten dar, machte aber gleichzeitig deutlich, dass Hamburg überflutungsgefährdete Bereiche (z. B. die Hafen-City) für Wohn- und Büronutzungen gezielt entwickeln will. Der Hamburger Staatsrat erläuterte, welche Ansätze im Bereich des „klassischen“ Deichschutzes verfolgt werden und zeigte Wege auf, wie man durch eine angepasste Bauweise (höhere Fundamente) oder innovative Wohnkonzepte (Hausboote) dem steigenden Wasserspiegel sowie Fluten begegnen kann.

Gesundheit und Verbraucherschutz

Beratungen zum Entwurf der EU-Richtlinie über die Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung laufen an

Nach der Vorlage des Richtlinienentwurfs durch die Kommission am 02. Juli 2008 als Teil des „Sozialpakets“ haben die politischen Beratungen auf Brüsseler Ebene begonnen. Ziel der Kommission ist, mit dieser Richtlinie einen einheitlichen Rahmen für eine sichere, hochwertige und effiziente grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zu schaffen. Kernpunkt ist die Regelung zur Kostenerstattung für Patienten, die eine ambulante oder stationäre Behandlung im EU-Ausland in Anspruch nehmen. Der Entwurf sieht vor, dass EU-Bürger/innen bei Behandlung im EU-Ausland einen Anspruch auf Kostenerstattung nach den Sätzen ihres Wohnortstaates erhalten sollen; falls die Kosten im EU-Ausland höher sind als die nationalen Sätze, muss der Patient diesen Differenzbetrag dann selbst zahlen. Bei ambulanten Behandlungen ist eine vorherige Kostenzusage der nationalen Versicherungssysteme - Krankenkassen - nicht erforderlich. Für stationäre Behandlungen im Krankenhaus im EU-Ausland soll unter bestimmten Voraussetzungen ein System der Vorabgenehmigung für die

Kostenerstattung vorgesehen werden und für Spezialbehandlungen, die eine Vorabgenehmigung erfordern würden, soll eine europaweit geltende Liste entwickelt werden. Rezeptverschreibungen sollen nach diesem Entwurf in allen Mitgliedstaaten der EU einlösbar sein.

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 25. September erste Positionen der Fraktionen zum Richtlinienentwurf im Rahmen der Debatte zum Inhalt des „Sozialpakets“ diskutiert. Die konservative, die sozialdemokratische und die liberale Fraktion begrüßten den vorliegenden Richtlinienentwurf als gute Grundlage, die Wahlfreiheit der Bürger/innen für gesundheitliche Dienstleistungen auch im EU-Ausland zu stärken. Grüne und linke Fraktionen des EP stehen dem Vorschlag kritisch gegenüber, weil er einen Eingriff in die grundsätzliche Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Gesundheitssysteme darstelle und Ungerechtigkeiten provozieren könne, da Personen mit höherem Einkommen die ggf. zu tragenden eigenen Kosten leichter übernehmen könnten.

Die Beratung wird in den zuständigen Ausschüssen des EP fortgesetzt. Geplant ist eine Stellungnahme des EP im Rahmen der 1. Lesung des Richtlinienentwurfs bis zum Frühjahr 2009. Die Vertreter der Mitgliedstaaten beraten den Entwurf in der Ratsarbeitsgruppe Gesundheit.

In Deutschland werden die Positionen der Bundesregierung und der deutschen Länder zurzeit ebenfalls erarbeitet. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat sich im Rahmen einer Konferenz in Berlin am 29. September 2008 bei Vertretern der Bundesländer und der Interessenverbände über deren Positionen zum Vorschlag der Kommission für die Richtlinie Patientenrechte informiert.

Weiterführende Informationen zu dieser Fachveranstaltung des BMG zu "Chancen und Risiken einer EU-Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung":

http://www.bmg.bund.de/cln_110/nn_1168252/SharedDocs/Standardartikel/DE/AZ/E/Glossar-Europa/Fachveranstaltung-EU-Richtlinie-Patientenrechte.html

SMS-Versand ins Ausland wird billiger

Handy-Kurznachrichten aus dem Ausland werden im kommenden Jahr deutlich billiger. Ab dem 01. Juli 2009 soll eine SMS beim so genannten Auslandsroaming nur noch maximal 11 Cent statt der heute durchschnittlich 29 Cent kosten. Damit sieht der am 23. September vorgelegte Kommissionsvorschlag eine Senkung der SMS-Roaminggebühren um 60 Prozent vor. Zudem will die Kommission die Transparenz der Kosten verbessern, die beim Surfen im Internet und beim Herunterladen von Daten über ein Mobiltelefon im Ausland anfallen. Kunden, die an billigere Kommunikationsdienste zu Hause gewöhnt sind, sollten besser vor unerwartet hohen Rechnungen geschützt werden, die Tausende von Euro betragen können.

Nach Angaben der Kommission wurden 2007 rund 2,5 Milliarden SMS verschickt. Dafür wurden 800 Millionen Euro ausgegeben. Die Kosten für das SMS-Roaming können die Inlandstarife um das Zehnfache übersteigen. Die Kommission schlägt daher Preisobergrenzen für SMS-Nachrichten in Höhe von 11 Cent (ohne Mehrwert-

steuer) für Endkunden und von 4 Cent für die Vorleistungsebene vor. Die Vorleistungsentgelte berechnen sich die Betreiber gegenseitig für die Weiterleitung einer Nachricht in ihren Netzen. Auch sollten Roamingkunden eine automatische Nachricht erhalten, in der sie über die Entgelte für das Datenroaming des Landes informiert werden, in dem sie sich befinden. Ab Sommer 2010 sollten Kunden außerdem im Voraus festlegen können, ab welcher Höhe ihrer Roamingrechnung die Dienstleistung unterbrochen wird damit es keine bösen Überraschungen mehr bei Rechnungseingang gibt.

Die Vorschläge werden jetzt dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt, die zustimmen müssen, bevor die Änderungen in Kraft treten können. Die EU hat bereits dafür gesorgt, dass die Preise für abgehende und ankommende Roaminggespräche (Sprachroaming) im Sommer 2007 um 60 Prozent zurückgegangen sind.

Neue EU-Rahmenrichtlinie zum vertraglichen Verbraucherschutz

Die Kommission hat am 08. Oktober 2008 einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie zum vertraglichen Verbraucherschutz vorgelegt. Er schreibt den Verbrauchern EU-weit umfassende Rechte in Bezug auf Widerrufsfristen, Rückgaberecht, Erstattungsansprüche, Nachbesserung, Garantieleistungen sowie missbräuchliche Vertragsklauseln zu. Die vorgeschlagene Verbraucherrechtsrichtlinie vereinfacht vier bestehende EU-Richtlinien und fasst sie in einem Regelwerk zusammen.

Im Zuge einer umfassenden Reform bestehender europäischer Verbraucherrechte sowohl für Einkäufe im Internet als auch im Geschäft wird der elektronische Handel neu geregelt. Der bestehende Verbraucherschutz soll in wesentlichen Bereichen, in denen es in den letzten Jahren zahlreiche Beschwerden gab, wie z. B. bei aggressiven Verkaufsmethoden, verbessert werden.

Der Richtlinienvorschlag muss nun vom Europäischen Parlament sowie vom Ministerrat gebilligt werden, bevor die neue EU-Richtlinie in Kraft treten kann.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/consumers/overview/cons_policy/index_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1474&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Justiz und Inneres

Ergebnisse des Justiz- und Innen-Rats vom 25. September 2008

Auf der Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister einigten sich die Minister auf den gemeinsamen **Pakt für Migration und Asyl**. Der Pakt war Anfang Juli 2008 im Rahmen eines informellen JI-Rates erstmals offiziell vorgestellt worden. Mittlerweile ist er durch den Europäischen Rat am 15./16. Oktober 2008 verabschiedet worden.

Der Pakt enthält keine verbindlichen Regelungen, sondern soll einen neuen politischen Impuls für die europäische Migrations- und Asylpolitik setzen. Inhaltlich geht es um die Ausgestaltung der legalen Einwanderung, die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, die Stärkung der Wirksamkeit der Grenzkontrollen, den Aufbau einer europäischen Asylgemeinschaft sowie die Begründung einer umfassenden Partnerschaft mit Herkunfts- und den Transitländern, die Synergien zwischen Migration und Entwicklung fördern sollen.

Deutschland konnte sich mit seinen Anliegen durchsetzen, die nationalen Zuständigkeiten beim Zugang zu den Arbeitsmärkten zu betonen und die Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf das neu zu errichtende Asylunterstützungsbüro zu vermeiden.

Noch keine förmliche Einigung wurde über die **Blue Card** erzielt, mit der für hochqualifizierte Drittstaatsangehörige ein Anreiz zur Aufnahme von Erwerbstätigkeit in den Mitgliedstaaten der EU geschaffen werden soll. Der Beschluss kam wegen eines tschechischen und eines deutschen Vorbehalts noch nicht zustande. Tschechien fordert, dass die Blue-Card-Richtlinie erst in Kraft tritt, wenn Deutschland, Dänemark, Belgien und Österreich ihre Beschränkungen für die Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern aufheben bzw. diese auslaufen. Deutschland will mit seinem Vorbehalt sicherstellen, dass die in dem französischen Kompromissvorschlag vorgesehene Gehaltsgrenze für Arbeitsverträge mit hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen (1,5-facher Bruttodurchschnittslohn, in Deutschland ca. 42.000 Euro) nicht im Einzelfall durch eine nachträgliche Änderung des Arbeitsvertrages (d. h. Absenkung des Gehalts) unterlaufen werden kann. In der letzten Verhandlungsrunde hatte eine Formulierung Eingang in den Text gefunden, die zu Abstrichen bei den behördlichen Kontrollbefugnissen geführt hätten. Deutschland will in den kommenden Verhandlungen erreichen, dass diese Änderung wieder rückgängig gemacht wird.

Aus deutscher Sicht von Bedeutung war ferner die erneut erörterte Problematik zur **Aufnahme irakischer Flüchtlinge**, insbesondere Christen. Hier soll bis zum Jahresende eine Entscheidung getroffen werden, nachdem eine gemeinsame Delegation des UNHCR und der EU die Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten des Irak besucht haben wird.

Presseinformationen des Rats zu den Ergebnissen:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/103072.pdf.

Neue Initiativen der Kommission im Rahmen des globalen Ansatzes zur Migrationsfrage und zur Integration und Familienzusammenführung im Falle von Drittstaatsangehörigen

Die Kommission hat am 08. Oktober 2008 neue Initiativen zur Stärkung des globalen Migrationskonzepts der EU verabschiedet. Dazu gehören die Mitteilung „Konsolidierung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage: Für mehr Koordinierung, Kohärenz und Synergie“, ein Bericht über den Ausbau von Maßnahmen und Instrumenten zur Bewältigung der Integrationsherausforderung, der der Ministerkonferenz 2008 zum Thema „Integration“ vorgelegt wird, und eine Mitteilung mit einem Bericht über die

Anwendung der Richtlinie 2003/86 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung. Die Vorschläge bauen auf den Grundsätzen auf, die in der unlängst veröffentlichten Mitteilung „Eine gemeinsame Einwanderungspolitik für Europa“ angeregt wurden, und liefern die ersten Bausteine für die darin vorgeschlagenen Maßnahmen, die auch Eingang in den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl finden sollten.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1473&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Öffentliche Konsultation: "Freiheit, Sicherheit und Recht: Wie wird die Zukunft aussehen?"

Die Kommission hat eine öffentliche Anhörung im Rahmen der Überlegungen zur Festlegung der Prioritäten für die nächsten fünf Jahre (2010 - 2014) eingeleitet. Anlass ist, dass das „Haager Programm“ für den letzten Fünfjahreszeitraum zum Ende des Jahres 2009 ausläuft. Vorangegangen sind Überlegungen der Justiz- und Innenminister zu den Schwerpunkten der künftigen europäischen Rechts- und Sicherheitspolitik, die auf dem Rat im Juli 2008 vorgelegt und im Anschluss der Kommission zugeleitet worden sind. Nun haben die europäischen Bürger, Behörden und Organisationen die Möglichkeit, sich ebenfalls zu äußern. Beiträge zur Anhörung können bis zum 20. November 2008 übermittelt werden.

Den Fragebogen und weitere Informationen finden Sie [hier](#) (englisch).

EU-Drogenaktionsplan 2009 – 2012

Die Kommission hat am 19. September einen „EU-Drogenaktionsplan 2009 - 2012“ angenommen. Dieser enthält Vorschläge für weit reichende Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit, um die Folgen des Drogenkonsums einzudämmen und die Zahl der Drogendelikte zu senken. Zu diesen Maßnahmen zählt auch eine Europäische Allianz gegen Drogen. Mit deren Hilfe sollen die gesellschaftlichen Schäden des Drogenmissbrauchs verringert werden. Mit der Europäischen Allianz gegen Drogen ruft die Kommission zudem staatliche Stellen, öffentliche Dienste und Freiwilligenorganisationen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf.

Den neuesten verfügbaren Daten zufolge hat sich der Konsum von Heroin, Cannabis und synthetischen Drogen stabilisiert oder ist rückläufig, dagegen nimmt der Kokainkonsum in mehreren Mitgliedstaaten zu. Nach Angaben der Kommission wird die Zahl der Menschen in der EU, die Drogen nehmen oder schon einmal Drogen probiert haben, wie folgt geschätzt: Cannabis: 70 Millionen, Kokain: mindestens 12 Millionen, Ecstasy: 9,5 Millionen, Amphetamine: 11 Millionen; außerdem befinden sich demnach mindestens eine halbe Million Menschen in einer Drogensubstitutionstherapie für Heroin. Es gibt in der EU bis zu zwei Millionen „problematische“ Drogenkonsumenten, und etwa 7500 Menschen sterben jährlich an einer Überdosis.

Der Aktionsplan 2009 - 2012 baut auf dem bestehenden Ansatz der EU-Strategie zur Drogenbekämpfung 2005 - 2012 auf. Darin wurde ein europäisches Modell einer auf einem ausgewogenen Ansatz zur Verringerung von Drogenangebot und –nachfrage basierenden Drogenpolitik festgelegt. Die fünf Schwerpunkte des neuen Aktionsplans sind die Verringerung der Drogennachfrage und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Mobilisierung der EU-Bürger, die Verringerung des Drogenangebots, die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und ein besseres Verständnis der Drogenproblematik.

Mehr Informationen zum Thema finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Mehr über die Entwicklung eines globalen Ansatzes zur Drogenbekämpfung auf EU-Ebene finden Sie auf den [Seiten der EU-Kommission](#).

Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

EP stimmt Reform des EU-Rechtsrahmens für Telekommunikation mit umfangreichen Änderungen zu

Am 24. September hat das Plenum des Europäischen Parlaments in erster Lesung über das Telekom-Paket („TK-Review“) der Kommission abgestimmt und vier Berichte angenommen, die jeweils die Änderungsanträge des EP zu den Vorschlägen der Kommission enthalten. Das Telekom-Paket vom 13. November 2007 umfasst mehrere Gesetzesvorschläge, mit denen die Kommission eine umfassende Überarbeitung der EU-Regelungen zur elektronischen Kommunikation anstrebt. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen die Errichtung einer neuen EU-Aufsichtsbehörde für den TK-Sektor, die Einführung funktionaler Trennung für mehr Wettbewerb (Netze und Dienstleistungen sollen betrieblich voneinander getrennt werden), eine Überarbeitung der Funkfrequenzverwaltung sowie eine Reihe von Verbraucherschutzmaßnahmen (etwa die Mitnahme von Rufnummern bei Betreiberwechseln, kürzere Vertragslaufzeiten sowie mehr Rechte für Behinderte).

1. Das EP hat die Ambitionen der Kommission in Richtung auf eine Zentralisierung der TK-Marktaufsicht zurückgewiesen. Der Bericht der Abgeordneten Pilar del Castillo (EVP–ED) zum Richtlinienvorschlag für eine „**Europäische Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation**“ schlägt stattdessen ein lediglich beratendes „Gremium der Europäischen Regulierungsbehörden für Telekommunikation“ (BERT) vor, das aus den nationalen Aufsichtsbehörden zusammengesetzt ist. Es soll die Koordinierung der nationalen Politiken unterstützen, ohne die Regulierungskonzepte zu harmonisieren. Die strittige Frage nach der Finanzierung dieses Gremiums ist nicht endgültig entschieden worden. Es wurde zwar eine Mischfinanzierung festgelegt, nicht aber das Verhältnis der Beiträge von Mitgliedstaaten und EU.

2. Der Bericht der Abgeordneten Catherine Trautmann (SPE) zur **Richtlinie für einen „Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste“** hat ebenfalls umfangreiche Änderungen am Vorschlag der Kommission vorgenommen. Funkfrequenzen sind demnach als knappe öffentliche Ressource anzusehen,

deren Verwaltung und Zuteilung nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien, sondern auch unter Berücksichtigung der Ziele der kulturellen Vielfalt und des Pluralismus der Medien zu erfolgen hat. Der Bericht betont die nationale Kompetenz zur Funkfrequenzverwaltung. Ein „Ausschuss für Frequenzpolitik“ aus hochrangigen Vertretern der zuständigen nationalen Regulierungsbehörden soll EP, Rat und Kommission beraten. 2010 sollen die Mitgliedstaaten, Kommission, EP und Interessenvertreter auf einem „Frequenzgipfel“ über eine einheitlichere Gestaltung der EU-Frequenzpolitik, Vorgaben für die Umstellung des terrestrischen Fernsehens von Analog- auf Digitaltechnik und die Freigabe von Frequenzen für neue elektronische Kommunikationsdienste beraten.

3. Der Bericht der EP-Abgeordneten Patrizia Toia (ALDE) zur Mitteilung **„Ausschöpfung der digitalen Dividende“** sieht vor, dass den Mitgliedstaaten das Recht zur Bestimmung der digitalen Dividende (freiwerdende Frequenzen infolge der Umstellung des terrestrischen Fernsehens von Analog- auf Digitaltechnik aufgrund der höheren Übertragungseffizienz der Digitaltechnik) verbleibt. Ein koordinierender Gemeinschaftsansatz soll verhindern, dass es zu Frequenzstörungen kommt. Nach den Änderungswünschen des EP müssen die Mitgliedstaaten auf der Basis einer gemeinsamen Methodologie nationale Strategien für die digitale Dividende definieren, die Einführung neuer Dienste erleichtern und untereinander sowie mit der Kommission kooperieren, um eine effektive Frequenznutzung zu erreichen. Ein Teil der Frequenzen, die gegenwärtig mit analoger Technologie für militärische Zwecke genutzt wird, soll zur Verfügung gestellt werden.

4. Schließlich hatten die Abgeordneten im Bericht von MdEP Malcolm Harbour (EVP-ED) zum **Richtlinienvorschlag über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, zum Schutz der Privatsphäre und Verbraucherschutz** die Balance zwischen dem Datenschutz der Internetnutzer und dem Schutz der Urheberrechte zu definieren. Bis zuletzt war umstritten, ob man das Problem von Urheberrechtsverletzungen oder Fragen der staatlichen Überwachung der Internetnutzung in der vorliegenden Richtlinie behandeln sollte. Der Verbraucherschutz soll u. a. dadurch gestärkt werden, dass Handy-Verträge eine maximale Laufzeit von 24 Monate haben dürfen und eine Option für einen Ausstieg nach 12 Monaten vorsehen müssen. Die europäische Notfallnummer 112 soll besser bekannt gemacht und der Notruf 116 bei Kindesentführung rechtsverbindlich gestellt werden.

Nachdem das EP-Plenum das Telekom-Paket der Kommission in der durch die Berichte geänderten Fassung gebilligt hat, muss nun der Rat am 27. November einen gemeinsamen Standpunkt beschließen.

Die Berichte sind auf folgender Seite des EP abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20080924+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung des EP (englisch):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/581&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Pressemitteilung von MdEP Helga Trüpel:

[http://www.helgatruempel.de/Newssingle.63.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=256&tx_ttnews\[backPid\]=43&cHash=003ebf509d](http://www.helgatruempel.de/Newssingle.63.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=256&tx_ttnews[backPid]=43&cHash=003ebf509d)

Pressemitteilung von MdEP Karin Jöns:

http://www.karin-joens.eu/uploads/media/PM_JOENS_FREQUENZVERGABE_2008-09-24.pdf

Ausschuss der Regionen

76. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Auf der 76. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 08./09. Oktober 2008 in Brüssel wurden 15 Stellungnahmen verabschiedet. Diese beschäftigten sich u. a. mit der gemeinsamen Agrarpolitik nach dem „Health-Check“, Medienkompetenz und Sicherheit im Internet, Treibhausgasemissionshandel, der Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen und der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Als Gastredner waren Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen, zuständig für Unternehmen und Industrie, sowie das für Regionalpolitik zuständige Kommissionsmitglied Danuta Hübner geladen.

Vizepräsident Verheugen unterstrich in seinem Redebeitrag, dass die derzeitige Weltwirtschaftskrise nicht mit der Krise von 1929 zu vergleichen sei. Die EU sei heute gut gerüstet, um sich den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. Dies sei vor allem auf den gemeinsamen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung zurückzuführen. Er sicherte den AdR-Mitgliedern das Engagement der Europäischen Kommission bei der Bewältigung der Finanzkrise zu. Priorität sei es, das Vertrauen im Finanzsektor und das Vertrauen der Bürger in die Finanzwelt wiederherzustellen.

Kommissarin Hübner stellte das kürzlich veröffentlichte Grünbuch zur territorialen Kohäsion vor. Dieses Grünbuch sei der Auftakt zu einem kollektiven Nachdenken über die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013. Die Kommission führe dazu eine umfassende öffentliche Konsultation bis Februar 2009 durch: Ziel sei es, zu einem besseren und gemeinsamen Verständnis der territorialen Kohäsion und ihrer Implikationen für die Kohäsionspolitik zu gelangen. Die territoriale Kohäsion sei ein neuer Herangehenswinkel für die Kohäsionspolitik, bei dem die Vielfalt der Regionen im Mittelpunkt stehe.

Eine der 15 Stellungnahmen, die vom Plenum verabschiedet wurde, zeichnete sich durch eine große Einigkeit bei den AdR-Mitgliedern aus: die Initiativstellungnahme von Lord Graham Tope (UK/ALDE) über die Verstärkung der Terrorismusbekämpfung durch die Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Es bestand fraktionsübergreifender Konsens, dass den Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung eine zentrale Rolle zukommt. Gemeinsam mit ihren Partnern aus dem Bereich der Strafverfolgung hätten sie einen entscheidenden Einfluss auf die Resultate im Bereich der Säule "Prävention" und den Erfolg künftiger Initiativen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Deradikalisierung innerhalb der Mitgliedstaaten.

Die auf der 76. AdR-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahmen können per Email unter Karin.Niehaus-Schuetz@europa.bremen.de oder ripke@bremen.be angefordert werden.

Best Practice: Aktuelle EU-geförderte Projekte in Bremen und Bremerhaven

Erste Jahreskonferenz der “initiative umwelt unternehmen“: Ressourceneffizienz – Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg?

Ressourcenschonung und Materialeffizienz spielen für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft eine zentrale Rolle: Sowohl große Industrieunternehmen als auch kleine und mittelständische Unternehmen können ressourceneffiziente Technologien und Produkte einsetzen, Einsparungspotenziale ermitteln und konkrete Effizienzmaßnahmen umsetzen.

Die erste Jahreskonferenz der “initiative umwelt unternehmen“ am 11. November 2008 stellt sich diesen Herausforderungen, indem sie konkrete Lösungen zu betrieblicher Logistik, Stoffstromerfassung und Produktdesign vorstellt und mit Erfahrungen aus der Praxis verknüpft. Gastredner ist der international renommierte Experte für Ressourceneffizienz, Professor Dr. Schmidt-Bleek vom „Factor 10 Institute“. Anschließend werden in drei parallelen Workshops unterschiedliche Materialeffizienz- und Ressourcenschonungsansätze - schlanke Produktionsmethoden, intelligente Stoffstrombetrachtung und systematische Produktoptimierung - vertieft.

Workshops mit Praxisbeispielen vertiefen die Erkenntnisse

Schlanke Fertigungsprozesse – als Herausforderung für Produktion, Logistik und Teamgeist – zielen auf die Optimierung der gesamten Wertströme statt auf einzelne Fertigungsstationen und Produktionsbereiche ab. Anhand einer Simulation wird anschaulich dargelegt, wie Optimierungsmöglichkeiten erkannt und entwickelt werden können. Der Einsatz von spielerischen Elementen ermöglicht einen emotionalen und direkteren Zugang zur Vermittlung von Wissen oder zur Initiierung von Verhaltensänderungen im Betrieb. Gemeinsam werden im ersten Workshop („**Lean Production**“) konkrete Übertragungsmöglichkeiten in die Betriebe der Teilnehmenden erarbeitet. Im zweiten Workshop geht es um „**Prozessoptimierung durch intelligente Stoffstrombetrachtung**“: Wie kann mit einem Minimum an Input ein Maximum an Output erreicht werden? Dieser Workshop zeigt an konkreten Beispielen auf, welche Einsparpotenziale erreicht werden können wenn man sich über die Stoffströme im Klaren ist und wie man mit einfachen Programmen Daten erfassen und auswerten kann. Unter dem Titel „**Wettbewerbsvorsprung durch systematische Produktoptimierung**“ werden in dem dritten Workshop – ausgehend von einem bestehenden Produkt – alle wesentlichen Parameter von der Marktsituation über Kundenwünsche bis hin zur Konstruktion erfasst. Hierauf aufbauend werden verschiedene praxiserprobte Lösungsstrategien und deren Übertragbarkeit entwickelt, die einen zielgerichteten Optimierungsprozess eines Produktes ermöglichen. Dabei spielen neben dem ingenieurtechnischen Können auch die Designprozesse eine entscheidende Rolle.

Das Projekt ist finanziert aus Landes- und EU-Mitteln (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung – EFRE).

Programm und weitere Informationen: www.umwelt-unternehmen.bremen.de

Ansprechpartnerin: Heidi Pesch
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Referat 20
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen
Tel.: +49 (0)421/361 -59499
Fax: +49 (0)421/496 - 96 819
e-Mail: heidi.pesch@umwelt.bremen.de

Bremische EFRE-Projekte zur angewandten Umweltforschung

Mit Unterstützung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert das Land Bremen seit 2007 bereits 14 Projekte im Förderprogramm [Angewandte Umweltforschung](#) (AUF). Dabei handelt es sich um acht Vorhaben aus dem Schwerpunktbereich "Erneuerbare Energien und Energieeffizienz", um zwei Vorhaben der "Integrierten Produktpolitik" und um vier Projekte zu "Umwelttechnischen/produktionsintegrierten Verfahrens- und Methodenentwicklungen". Mit einer Ausschreibung im Sommer 2008 wurde ein Spotlight auf das Thema "Ressourceneffizienz durch Innovation" gesetzt.

Im Förderprogramm werden vor allem innovative Wissenschaftsprojekte gefördert, die eine effektive Umsetzung von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis erwarten lassen. Die Förderung kann bis zu 150.000 Euro für insgesamt zwei Jahre betragen. Antragsberechtigt sind Forscher und Forscherinnen aus wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen. Die Praxisorientierung der Vorhaben soll sich durch eine Kooperation mit einem Bremer Firmenpartner zeigen. Nähere Informationen zu den geförderten Vorhaben sind im [Internet](#) zu finden.

Am 1. November 2008 beginnt beispielsweise die Laufzeit des Projektes "Kompetenz in der Entwicklung und Umweltgefährdungsbeurteilung von Nanopartikeln", das den Rahmen bildet für die Etablierung eines Forschungs- und Entwicklungsschwerpunktes „Nanotechnologie“ in Bremen. Es umfasst ein durch die Hans-Böckler-Stiftung finanziertes Promotionskolleg mit insgesamt acht Stipendiaten und Stipendiatinnen und stellt insbesondere Mittel für eine Projektkoordinationsstelle und Material zur Verfügung. Weitere Sachkosten werden durch einen Zuschuss des Verbands Deutscher Ingenieure (VDI) getragen. Durch Zusammenführung der Forschungsergebnisse des Promotionskollegs soll am Projektende ein Beurteilungsinstrumentarium für Nanopartikel aus Metallen und Metalloxiden in Form eines Richtlinienentwurfes zur Verfügung stehen. Dieser Beitrag zur Risikoabschätzungsstrategie soll in die in der OECD und der EU laufende Diskussion zur Modifikation von Testverfahren für Nanopartikel eingehen, u. a. im Zusammenhang mit der neuen EU-Chemikalienverordnung, die am 01. Juni 2007 in Kraft getreten ist (REACH).

Der bremische Kooperationspartner im Projekt, das Bremer Umweltinstitut, will zukünftig Herstellern und Anwendern Dienstleistungen im Bereich "Risikoabschätzung Nanomaterialien" anbieten.

Ansprechpartnerin: Dr. Ulrike Christiansen

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Referat 20
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen
Tel.: +49 (0)421/361 - 4950
e-Mail: ulrike.christiansen@umwelt.bremen.de

POWER Cluster-Projekt gestartet

Vom 21. bis zum 23. September 2008 fand im norwegischen Stavanger das Auftakttreffen des von der EU im Rahmen des Interreg-Programms geförderten Projekts POWER Cluster *Developing the North Sea Offshore Wind POWER Cluster* statt.

Anknüpfend an den Erfolg von *POWER Pushing Offshore Wind Energy Regions* sowie aufbauend auf den Erfahrungen und der gereiften transnationalen Zusammenarbeit des Konsortiums, beabsichtigen die Mehrheit der ehemaligen POWER-Partner aus Deutschland – so auch der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa –, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden und einige neue, strategisch auserwählte Partner aus Norwegen und Schweden unter der Leadpartnerschaft der BIS (Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH) die gemeinsame Entwicklung der Offshore-Windenergie zu fördern und ein Cluster zur Offshore-Wind-Energie in der Nordsee-Region zu etablieren.

Das Vorhaben der Implementierung eines transnationalen Clusters der Offshore-Windenergie entspricht der *Priorität 1 Förderung von Innovation (Intervention 1.2: building the transnational dimension of clusters and research and innovation networks)* des Nordsee-Programms. Das Projekt-Konsortium wird durch den Ausbau der bereits bestehenden transnationalen Zusammenarbeit die Schlüsselherausforderungen angehen, um die ausgezeichnete Marktposition der Nordsee-Staaten in der Windenergiebranche weiter auszubauen und zu einer europaweit angestrebten nachhaltigeren Energieversorgung beizutragen. Durch die Maßnahmen sollen insbesondere die Investitions-, Arbeits- und Lebensbedingungen in der Nordseeregion verbessert werden. Es werden dadurch im Ergebnis auch wesentliche Ausstrahlungseffekte nach Vorbildwirkung für ganz Europa erwartet.

Durch gezielte Förderung der Kernherausforderungen (soziale Akzeptanz, transnationale privatwirtschaftliche Kooperation, Entwicklung der Humanressourcen) soll ein multinationaler Cluster entstehen, der den Standort Nordsee als Exzellenzraum für Windenergie effizient und konkurrenzfähig ausbaut.

Das Projekt läuft vom 01. Juli 2008 bis zum 30. Juni 2011 und hat ein Volumen in Höhe von 4.998.942 Euro. Der Förderanteil der EU aus dem Interreg IV b North Sea Region Programm beträgt 50 Prozent.

Homepage des Projekts: www.power-cluster.net

Ansprechpartner: Michael Bürger

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Abteilung 2 - Umweltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz

Galeriegeschoss G 1.15
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen
Tel.: +49 (0)421/361 - 96 819
Fax: +49 (0)421/496 - 96 819
e-Mail: michael.buerger@umwelt.bremen.de

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder -änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Karin Niehaus-Schütt
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-140 79

Fax: +49 421 496-96877

E-Mail: Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de

Internet: www.europa.bremen.de

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Büro Brüssel		
Ulrike Westphal Sekretariat	+32 2 230 2765	Vertretung@Bremen.be
Marta Giammario Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	Giammario@bremen.be
Dr. Frank Castenholz Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Castenholz@Bremen.be
Telse Jochims Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Jochims@Bremen.be
Renate Lürssen Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Luerssen@Bremen.be
Dr. Martina Hilger Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	Hilger@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	Ripke@Bremen.be
Torsten Raff Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Raff@Bremen.be
Büro Bremen		
Claudia C. Arndt Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de
Karin Niehaus-Schütt AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+49 421361-14079	Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de
Hans-Joachim Schröder EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref., Dienstaufsicht. am Bremer Sitz der Abteilung	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Dr. Katja Eichler Europapol. Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- bez. Lehrerfortbildung, Fortbildung z. Verbesserung d. Europafähigkeit d. bremischen Verwaltung	+49 421-361-10841	Katja.Eichler@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung,	+49 421 361-8995	Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de
Heide-Lore Swiecikowski Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de